

Ressort: Technik

Justizministerin fordert neue Debatte über Freiheit und Sicherheit

Berlin, 24.08.2013, 01:00 Uhr

GDN - Unter dem Eindruck der Abhörskandale rund um Prism und Tempora hat Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in einem Gastbeitrag in der "Frankfurter Rundschau" vom Samstag das Grundrecht auf Freiheit begründet. Darin bezeichnete sie die Grundrechte als "Abwehrrechte" gegenüber dem Staat.

Die FDP-Politikerin, die bereits von 1992 bis 1996 Bundesjustizministerin war, und das Kabinett aus Protest gegenüber dem geplanten "Großen Lauschangriff" verließ, schreibt: "Nicht die Kritiker der Vorratsdatenspeicherung müssen sich jetzt erklären, sondern die Befürworter einer umfassenden Totalüberwachung." Staatliche Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit müssten strikt eingegrenzt werden, das "Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit" dürfe nicht "radikal zu Gunsten einer vermeintlichen Sicherheit, das heißt, radikal zu Lasten der Freiheit aufgelöst werden", so Leutheusser-Schnarrenberger. Nicht zuletzt mahnt die Justizministerin im Kabinett Merkel an, dass die Diskussion über Freiheit und Sicherheit nicht dem "demokratisch-politischen Willensprozess entzogen werden" dürfe.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-20287/justizministerin-fordert-neue-debatte-ueber-freiheit-und-sicherheit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com